

Foto: transit/Polentz



Lichterglanz Unter den Linden, Weihnachtsstimmung allerorten?

AUS DEM INHALT

SEITE 3

Ist das Kino Babylon in Berlin-Mitte zu retten?

SEITE 5

Arbeitgeber wollen Mitbestimmung demontieren

SEITE 7

Heißer Streik-Herbst in den CinemaxX-Filmtheatern

MITTELSEITEN

Generalangriff auf die Drucktarife

SEITE 14

Fragebogenaktion: Schlechte Noten für den RBB

SEITE 16

Herr G. hat wieder einen Namen

ALLE JAHRE WIEDER: ES BLEIBT VIEL ZU TUN!

Hoffentlich, liebe Leserinnen und Leser, ließ sich dem Jahr 2004 wenigstens im Privaten einiges Angenehme abgewinnen. Denn gesellschaftlich betrachtet und besonders aus Sicht der Gewerkschaften, war es ein äußerst schwieriges und lehrreiches Jahr. Ein Jahr tiefgreifender Einschnitte, geprägt von Angriffen auf soziale Standards und tarifliche Errungenschaften, auf die Rolle der Gewerkschaften als Interessenvertretungen überhaupt. Nicht immer gelang es, geplantem Sozialabbau – wie mit Hartz IV – hartnäckigen und effektiven Widerstand mit langem Atem entgegenzusetzen. Nicht immer konnten die Gewerkschaften in solchen Auseinandersetzungen das Profil wahren und gewinnen, das ihnen als Widerpart in der öf-

fentlichen Auseinandersetzung ansteht. Da bleibt in Zukunft viel zu tun. Dennoch gelang es im fast verflossenen Jahr trotz aller Widerstände, das durchschnittliche tarifliche Niveau für die Beschäftigten zu wahren. Nicht nur die anhaltenden Streiks in den CinemaxX-Kinos zeigen, dass Be-

Noch schärferer
Gegenwind erwartet

schäftigte für eine angemessene Entlohnung noch immer bereit sind, auch auf die Straße zu gehen.

Allerdings ist festzustellen, dass Arbeitgeberangriffe immer präziser und konzertierter geführt werden und, zumindest bei einigen

politischen Parteien, nicht ohne Rückhalt bleiben. In einem Atemzug mit der Beschwörung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, der – blickt man auf Gewinne, Renditen und die Exportweltmeisterschaft – eher schlecht geredet wird, bläst man zum Sturm auf bewährte und lang erprobte Rechte und Errungenschaften der Arbeitnehmer wie Tarifhoheit, Kündigungsschutz und betriebliche Mitbestimmung. Der „Reformstau“ wird sehr einseitig abgearbeitet. Die Lohnsteuerzahler, Rentner und sozial Schwachen werden zusätzlich zur Kasse gebeten.

Das zeigt aber auch, dass die oft tot gesagten Gewerkschaften nach hundert Jahren weder veraltet noch überflüssig geworden sind. Im Gegenteil. Auf den neu-

en alten Kampfschauplätzen wie Einkommen, Arbeitszeit, soziale Gerechtigkeit wird den Arbeitnehmerorganisationen künftig ein noch schärferer Wind ins Gesicht wehen. Sie werden gezwungen sein, ihre Ziele und Methoden den aktuellen Auseinandersetzungen anzupassen und sich weiter zu entwickeln. Nur so wird es gelingen, kollektive Rechte der Beschäftigten zu erhalten und auszubauen. Seien es Manteltarifregelungen in der Druckindustrie, die Errungenschaften der Künstlersozialkasse oder die Verteidigung der Pressefreiheit gegen eine zunehmende Medienkonzentration: Der Weg wird nicht einfacher. Er kann nur erfolgreich gegangen werden, wenn Solidarität, Gemeinsinn und Gerechtigkeit Prinzipien bleiben. Und wenn die Gewerkschaft auch quantitativ eine starke Kraft ist und Mitgliedschaft ein Bekenntnis bleibt. In diesem Sinne wünsche ich allen gesunde und besinnliche Weihnachtsfeiertage und einen energischen Start ins neue Jahr 2005! **Andreas Köhn,**
stellv. ver.di-Landesleiter

Die neoliberalen Gegenreformer biegen sich die Wirklichkeit zurecht: Auf ihre Unterstellung, nur ein reduzierter Kündigungsschutz schaffe neue Stellen, konterten die Nürnberger Arbeitsmarktforscher jedoch mit einem klaren „Nein, so ist es nicht“; das unternehmerische Wehklagen über angeblich zu hohe Steuerlasten entkräftete die Bundesbank mit dem Hinweis, die Unternehmenssteuern lägen auf historischem Tief; die Forderung, nur Lohnverzicht schaffe Arbeitsplätze, ließ sich bereits durch einen Blick auf die Arbeitsmarktstatistiken ad absurdum führen.

Eigentlich hätten die Arbeitgeberverbände schlechte Karten. Doch wer hinterfragt ihre Motive und unterzieht sich der Mühe zu recherchieren, ob die „Reformvorschläge“ stichhaltig sind?

Es geht den Arbeitgeberverbänden, konservativen Professoren und ihren Berichterstattern in den Wirtschaftsredaktionen nicht um eine ehrliche Debatte über den besten Weg zu Wohlstand und Gerechtigkeit. Es geht um Aufkündigung des sozialen Grundkonsenses in diesem Lande, der das Fundament dieser Republik bildete. Sie wollen eine andere

Republik als die, die unsere Verfassung in Artikel 20 mit dem Sozialstaatsgebot festlegt. Die Systemveränderer machen vor nichts halt.

Jüngstes Beispiel ist der Angriff auf die Mitbestimmung. Sie ist führenden Arbeitgebervertretern

gantischen Herausforderungen bei Karstadt oder Daimler-Chrysler wären ohne Mitbestimmungsrechte, professionelle Arbeitnehmervertretungen und gewerkschaftlichen Sachverstand gar nicht zu lösen gewesen. Doch

ge Gelegenheit nutzen, das Rad der Geschichte zurück zu drehen. Bankenmanager, die das 423fache einer Bankangestellten verdienen; Unternehmen wie Vodafone, die durch legale Steuervergünstigungen Milliarden einsparen oder Konzerne, die ihren Export von Arbeitsplätzen ins Ausland auch noch steuerlich absetzen: Das sind die eigentlichen Skandale der Republik. Und nicht etwa eine vermeintlich ausufernde Mitbestimmung.

Viele Arbeitgeber wollen die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes von 2001 rückgängig machen; Gewerkschaften sollen nicht mehr in Aufsichtsräten vertreten sein. Ihnen und ihren Verbänden schwebt eine „Mitbestimmung light“ vor, die ohne Biss sein würde.

Demokratie darf nicht am Werktor halt machen. Die Montan-Mitbestimmung mit voller Parität muss Vorbild für alle sein. Im übrigen haben 18 von 25 EU-Staaten bereits weitgehende Mitbestimmungsregelungen. Willy Brandts Satz von der „Mitbestimmung, die zur Substanz des Demokratisierungsprozesses unserer Gesellschaft gehört“, bleibt unser Leitmotiv.

AUF EIN WORT

MITBESTIMMUNG WIE DIE LUFT ZUM ATMEN



Foto: transktiv. Polentz

DIETER SCHOLZ, VORSITZENDER DES DGB,
BEZIRK BERLIN-BRANDENBURG

ein Dorn im Auge. Denn Demokratie und Gutsherrenmentalität vertragen sich nicht. Preisfrage für aufgeklärte Zeitgenossen: Wie viele Betriebe sind durch die Arbeit von Betriebsräten in Konkurs gegangen und wie viele durch Missmanagement? Die gi-

hier haben die Unternehmen Scheuklappen und ignorieren, dass selbst Topmanager wie Schrempp und Pischetsrieder eine Lanze für die Mitbestimmung brechen. Die Angriffe sollen ablenken vom eigenen Fehlverhalten, und sie sollen die günsti-

BUCHTIPP

SORGEN, ABER NICHT WIRKLICH

MANHATTAN/GOLDMANN
2004

Wie bei Wladimir Kaminer, der „russischen Seele mit Tiefgang“, üblich, ist man tief beeindruckt von seiner Betrachtungsweise des Alltags mit all seinen absurden, lächerlichen, tragischen und witzigen Variationen, die er wieder meisterhaft zu Papier gebracht hat. Mit „Ich mache mir Sorgen, Mama“, erschien endlich sein achttes Buch. Sorgen macht sich der Kultautor in seinem Buch nicht wirklich, aber er erzählt kleine Geschichten, die zu denken geben und mit seiner Verantwortung als Vater zu tun haben. Die inzwischen kultige Familie wandert wieder mit durch die Geschichten, die sein Buch füllen:

Tochter Nicole, Sohn Sebastian, Ehefrau Olga, Katze Marfa und in Zukunft auch Kater Dosto-

jewski. Das neue Familienmitglied, Fjodor Dostojewski, ist intelligent, temperamentvoll, anstrengend, aber definitiv nicht lieb. Ist er cholerisch oder irre?

Es gibt den Versuch, Sohn Sebastian mittels dreier Krokodile im Zoo die Inhalte von „Liebe, Sex und Zärtlichkeit“ zu vermitteln.

Um für Sebastian eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, müssen viele schwierige Fragen beantwortet werden, laut Antrag

Familien-Geschichten russisch-deutsch

gibt es fünf verschiedene Antworten auf eine Frage: Touristenreise, Studium, Arbeitsaufnahme, Besuch usw. Vater und Sohn entscheiden sich für „usw.“.

Tochter Nicole versucht, die Wahrheit über St. Martin, den sie für den Chef des Religionsunterrichts hält, zu ergründen. Wie der Autor selber sagt: Die Erfahrungen der Kinder sind so süß und

niedlich zu beobachten, dass einem fast die Tränen kommen. Außerdem erfährt man von den sportlichen Exzessen seines Vaters, der seinen Frühsport auf eine ganz spezielle Art durchführt und der viel mit armenischem Cognac im Schwimmbad zu tun hat.

Als die Schwiegermutter für drei Monate aus dem Nordkaukasus zu Besuch kommt, lernen Sebastian und Nicole mit der Oma auch noch eine andere kulturelle Tradition kennen und werden somit nicht nur auf Figuren wie Peter Pan und Biene Maja fixiert.

Wladimir Kaminer wurde 1967 in Moskau geboren. Seit 1990 lebt er in Berlin. Bekannt wurde er durch „Russendiskos“ im Cafe Burger und sein aus diesen Erfahrungen schöpfendes Buch.

Das kreative Multitalent ist inzwischen ein beliebter und gefragter Autor und ein Gewinn für die deutsche Literatur. Kaminer sieht sich wegen seiner biografischen Wurzeln privat als Russe und, was die Sprache betrifft, be-

ruflich als Deutscher mit Lieblingswohnort in Berlin-Prenzlauer Berg.

Nele Zawada

Wladimir Kaminer: „Ich mache mir Sorgen, Mama“, Manhattan/Goldmann 2004, 254 Seiten, 18,00 Euro, ISBN 3-442545-60-9

Literaturtipp:

Vermeintlicher Sozialhilfemissbrauch erregte monatelang die Gemüter und musste als eine der Begründungen für die Hartz-IV-Reform herhalten. Wer missbraucht eigentlich wen? fragt der deshalb Sozialwissenschaftler Rainer Roth. Das von ihm herausgegebene Bändchen erfasst Ergebnisse eines Projekts der Fachhochschule Frankfurt/Main und ist das erste „Schwarzbuch Sozialhilfe“, das das Phänomen des Missbrauchs „von allen Seiten behandelt“.

Rainer Roth: Sozialhilfemissbrauch. Wer missbraucht eigentlich wen? Fachhochschulverlag Frankfurt/M 2004, 103 Seiten, Broschur, 5,80 Euro, ISBN 3-936065-33-0

Babylon vor dem Aus?

Kultursenator will Filmkunsthaus den Geldhahn zudrehen



Foto: transit/v. Polentz

Das kultige Kino strahlt weit über Berlin hinaus.

Für Kinofreaks ist es eine Institution: Das „Berliner Filmkunsthaus Babylon“ am Rosa-Luxemburg-Platz in Mitte hat mit seinem anspruchsvollen Programm Kultstatus erlangt, der weit über den Berliner Raum hinaus strahlt. Die Spielplangestaltung zeichnet sich aus durch Vorführungen von Filmen und Filmklassikern jenseits des Mainstreams und reicht bis

zu Stummfilmen mit Live-Musik-Untermalung. Diskussionen mit Filmemachern und Filmwissenschaftlern sowie mehrere kleine, aber feine Filmfestivals haben ebenfalls dazu beigetragen, seinen Ruf zu festigen. In Kooperation unter anderem mit dem Denkmalschutz konnte Hans Poelzig's Gebäudeensemble von 1929 rekonstruiert werden, so dass das

Babylon ein einzigartiges Symbol von „Filmkunst in Baukunst“ ist.

Damit wird nun Schluss sein, wenn es nach dem Willen des Kultursenators Thomas Flierl (PDS) geht: In Gesprächen teilte er dem „Filmkunsthaus Babylon e.V.“ (fkh) als Betreiber des Hauses mit, dass die institutionelle Förderung durch das Land Berlin in Höhe von 320700 Euro zum Jahresen-

de auslaufen soll. Aufgrund aufgelaufener Verbindlichkeiten stünden für den Kinobetrieb keine Mittel mehr zur Verfügung. Die Kulturverwaltung empfahl dem Verein, Insolvenz anzumelden.

Hintergrund der Senatsentscheidung sei nach Auskunft des Betreibervereins ein strukturelles Defizit im Haushalt des Kinos, dem in den Rechnungsprüfungen stets eine wirtschaftliche Geschäftsführung bescheinigt worden sei. Die Zuwendung müsse fast völlig zur Deckung von Miete und Betriebskosten verwendet werden. Mit Projektmitteln und Kooperationen konnte das Defizit in der Vergangenheit zwar gemindert, aber nicht aufgefangen werden. Bisher habe der Kultursenator immer noch Möglichkeiten zum Ausgleich des Fehlbetrags gefunden. Aufgrund der immer schwierigeren Haushaltslage des Landes sei dies nun nicht mehr der Fall.

Der Senat will über ein Interessenbekundungsverfahren einen neuen Betreiber finden, der das Haus kostendeckend mit der bisherigen Fördersumme weiterführen soll. Nach Auffassung des Vereins ist dies nur bei radikaler Kommerzialisierung denkbar und würde wahrscheinlich scheitern. Janko Jochimsen vom fkh: „Wir geben das Babylon nicht auf, verhandeln weiter mit dem Senat.“ Bisher habe dieser überstürzt gehandelt. **U. B.**

Die Nachrichtenlage bei ddp hat sich in den vergangenen Wochen zwar verbessert, doch sowohl die Beschäftigten, als auch die Freien müssen finanzielle Abstriche verkraften. Insolvenzverwalter Christian Köhler-Ma war bereits zu Beginn seiner Tätigkeit optimistisch, das angeschlagene Unternehmen retten zu können. Dies gelang mit der Starnberger

ddp: Auferstanden

schlichtweg das Geld. Von den 153 Beschäftigten in der BQG wurden wiederum bis dato 115 in die neu gegründete ddp Deutscher Depeschendienst GmbH übernommen. Dadurch ist Arques für die Schulden der insolventen ddp Nachrichtenagentur GmbH nicht zuständig.

Dies ist vor allem für die rund 200 Freien bitter, die auf einen Teil der noch ausstehenden Honorare verzichten müssen. Auf 270.000 Euro sollen sich allein diese Verbindlichkeiten belaufen. „Sie werden aber bevorzugt berücksichtigt“, betont der neue ddp-Geschäftsführer Martin Vorderwülbecke. Eigentlich sind sie Gläubiger wie jeder andere auch. Doch Arques habe darauf bestanden, dass sie prozentual mehr aus

der Insolvenzmasse erhalten. Schließlich würden die Freien benötigt, um den Geschäftsbetrieb weiterführen zu können.

Einbußen müssen aber auch die Festangestellten verkraften. Zwar sollen sie mit 49 Prozent am Gewinn beteiligt werden, doch dafür muss der Betrieb zunächst einmal schwarze Zahlen schreiben. Im Gegenzug werden für neun Monate die Gehälter pauschal um zehn Prozent gekürzt. Zusätzlich wurden die Einkommen individuell und zeitlich unbegrenzt abgesenkt. „Im Durchschnitt handelt es sich um insgesamt 20 Prozent“, sagt Wolfgang Leifheit, Betriebsratsvorsitzender der alten ddp Nachrichtenagentur GmbH. Für die neu gegründete Gesellschaft ist er nicht zuständig,

er habe nur noch ein Restmandat für die BQG „Der Betriebsrat löst sich jetzt auf“, erklärt er. Die Wahl eines Betriebsrates für die neue ddp GmbH ist mit ver.di-Unterstützung inzwischen eingeleitet. **sil**

Einkommen
gehörig gesenkt

Beteiligungsgesellschaft Arques Industries AG, die im Rahmen einer so genannten übertragenen Sanierung ddp übernahm. Die Belegschaft wechselte in eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (BQG), für einen klassischen Sozialplan fehlte

ANZEIGE

Radio. Machen. Lernen.



Ausbildung
Produktionsstudio
Rechner-Schnittplätze
Reportagetechnik
Sonderkonditionen für
Mitglieder!!! Mehr Info?

www.medienKonkret.de

NPR-Hörfunkzentrum

Eine Heimat in Europa

Berliner Streifen über Jugend in europäischen Metropolen

„Ich heiße Woitek, ich bin Pole. Auch wenn ich jetzt in Berlin lerne, Polen wird immer meine Heimat sein. Manchmal aber bin ich hier so glücklich, das kommt wie ein Strom...“ Woitek ist 17, Austauschschüler, hat dunkelblondes, fliegendes Haar, sitzt auf einem Sockel vor dem Maxim-Gorki-Theater und spricht ohne Verlegenheit in die Kamera. Er ist einer von zehn Jugendlichen zwischen 17 und 19 Jahren, die für kürzer, länger oder immer in der deutschen Hauptstadt leben und über dieses Lebensgefühl im neuen Film von Sabine Molter „Berlin – zu Hause in Europa?“ erzählen. Dieser Dokumentarfilm wurde zu Herbstbeginn in der Berliner Urania während des Tages der politischen Bildung zur „Baustelle Europa“ uraufgeführt.

Die Berliner Filmemacherin hat für ihren fünften Streifen über Jugend in europäischen Hauptstädten Schülerinnen und Schüler unmittelbar vor dem Erwachsenwerden interviewt. „Diese kurze Zwischenzeit einzufangen, in der die Kindheit noch nachwirkt und die Erwachsenenwelt noch weitgehend unbekannt ist, reizt mich.“ Mit welcher Reife ihre jungen Protagonisten dann auf diese

Guter Film mit
knappstem Budget

Welt reagieren, ist eine Entdeckung für die Zuschauer. „Sie schauen mit Respekt uns Deutschen in die Seele,“ meinte eine Premieren-Besucherin.

Wie Sabine Molter – die im Film nicht als Interviewerin erscheint – die jungen Leute zu solch ernsthafter Leichtigkeit gebracht hat, ist Geheimnis ihres Handwerks. „Wir haben uns oft getroffen, zumeist in meiner Wohnung, miteinander geredet und gekocht...“ Gefunden wurden die Jugendlichen aus neun europäischen Ländern nach langem Suchen. Bedingung: die Fähigkeit, über sich und andere reflektieren zu können und so gutes Deutsch, dass auf eine Synchronisation verzichtet werden konnte. Honorar haben sie nicht bekommen. Denn



Foto: transit/v. Polentz

Sabine Molter (re.) mit Kadri aus Estland, einer Protagonistin

eingelassen hatte sich die Filmproduzentin auf einen – wenn es die Bezeichnung gäbe – „lowest-budget“ Film, dessen Produktion ihr zwar angetragen wurde, aber dessen Idee sie sowohl erst finden als auch weitgehend allein verfolgen musste. Mit den 25000 Euro Produktionskosten aus dem Fonds der Europäischen Kommission – im Rahmen des Grips-Grenzlandprojektes des DGB Berlin-Brandenburg – einen „richtig guten“ Film zu machen, hielten Experten für nahezu unmöglich. Doch ver.di-Mitglied Sabine Molter hat Erfahrung, realisierte sie doch ihre Dokumentarfilme in Moskau, Prag und Warschau bereits mit ähnlich knappem Budget.

Herausgekommen ist nicht nur ein richtiger, sondern vor allem ein guter, aus 11 Stunden Material sensibel von Alexander Beyer geschnittener 63-Minuten-Dokumentarfilm jenseits jeglichen Klischees von Jugendkultur. Er dürfte Bereicherung für Studiokinos, Bildungsveranstaltungen oder Fernsehen abseits vom Mainstream sein. „doch die Vermarktung von Dokumentarfilmen ist generell schwierig,“ sagt Projektbegleiter Dr. Heinrich-Wilhelm Wörmann von Arbeit und Leben, einer Ko-

operation von VHS und DGB. „Wir bemühen uns trotzdem, beispielsweise beim rbb oder bei arte, einen Sendeplatz zu bekommen.“

Sabine Molter ist da skeptisch. Ihr ist die Arbeit mit dem Film wichtiger, im Jugendbereich, in der politischen Bildungsarbeit. „Dafür habe ich den Auftrag übernommen und dafür wurden auch, so viel ich weiß, die Fördermittel beantragt.“ Doch bis Mitte November ist sie über derartige Vorhaben nicht informiert worden.

Verdient, von einem größeren als dem Uraufführungspublikum gesehen zu werden, hätte es dieser persönliche Report. Er ist auch eine Entdeckung Berlins, ein individuelles Stadtporträt der Regie und der Akteure. Jeder der jungen Leute führt an einen Lieblingsplatz: Anton aus Kasachstan auf den Bunkerberg im Humboldthain, Kadri aus Estland zu einem open-air Kunstprojekt, Christiane – Großnichte von Regine Hildebrandt – hoch auf den Turm der Sophienkirche, in der ihr Großvater Pfarrer war, Tobias aus Zehlendorf auf die Rehweide und Lenka aus Tschechien auf die Dächer von Mitte. Von hier aus

erklärt sie die Stadt, was sie hier fand und was nicht. „Ich konnte mich nicht verlieben, sonst wäre ich vielleicht hier geblieben. Aber dafür habe ich meine Liebe zu Tschechien entdeckt.“

Was man den gemeinsamen Szenen im Film nicht ansieht: Alle kannten sich vorher nicht und haben doch miteinander über Themen gesprochen, über die sie sonst nicht reden – über Lebenserwartungen, Vorurteile und die Schwierigkeit von Integration. Elena, halb Spanierin, halb Griechin, bringt es auf den Punkt: „Man muss ein Ziel haben im Leben, auf das man hin arbeitet. Wenn man es nicht hat, sollte man es suchen.“

Warum Berlin internationaler ist, als wir gemeinhin wahrnehmen, steckt in Lenkas Resümee: „Ich bin auch deshalb nach Berlin gekommen, um die deutsche Kultur kennen zu lernen. Aber eigentlich habe ich mehr über andere Kulturen gelernt, als über die deutsche.“

Bettina Erdmann

FILMPARK

Winterpause und frostige Personalpolitik

Seit 1. November ist das große Eingangstor des Filmparks Babelsberg geschlossen – Sandmännchen, Janosch und der Kleine Muck befinden sich in der Winterpause.

Für die abgelaufene Saison verkündete Filmpark-Chef Friedhelm Schatz, dass die Vergnügungsstätte wieder schwarze Zahlen schreibe. Der Gewinn belaufe sich auf rund 800.000 Euro, der Umsatz sei auf acht Millionen Euro gestiegen. Gleichzeitig konnten die Kosten um 20 Prozent gesenkt werden. Hintergrund dieser auf den ersten Blick beeindruckenden Zahl ist die umstrittene Personalpolitik von Schatz. Statt fester Arbeitsverhältnisse werden vermehrt Saisonkräfte und studentische Aushilfen beschäftigt. Für die Zukunft hat der Filmpark-Chef große Pläne: Im Januar fällt die Entscheidung, ob er eine Rundfunklizenz für ein Kinderradio erhält. Täglich von 6 bis 21 Uhr will er direkt aus der Caligari-Halle senden. **sil**

Foto: transitiv. Polentz



Aktion am Arbeitbertag

Die Mitbestimmung ist ein Irrtum der Geschichte, verkündete Michael Rogowski, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), via Stern-Interview. Damit läutete er eine neue Runde in der öffentlichen Debatte über die Mitbestimmung ein, die als konzertierte Aktion in einem Reformvorschlag einer Expertenkommission des BDI und BDA (Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände) mündete.

Im Zentrum der Kritik der Arbeitgeberseite steht das Mitbestimmungsgesetz von 1976, das eine paritätische Mitbestimmung vorsieht. Danach ist der Aufsichtsrat eines Unternehmens mit mehr als 2000 Beschäftigten zwingend zur Hälfte mit Vertretern der Anteilseigner und zur anderen mit Vertretern der Arbeitnehmer und Gewerkschaften zu bilden. Die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte und das Recht, externe gewerkschaftliche Vertreter in den Aufsichtsrat zu wählen, wird von Arbeitgeberseite regelmäßig als „deutscher Sonderweg“ denunziert, den es abzuschaffen gelte.

Das aktuelle Vorpreschen der Arbeitgeber lässt sich mit dem Inkrafttreten des Statuts der Europäischen Aktiengesellschaft (Societas Europaea, SE) am 8. Oktober 2004 erklären. Es scheint das Kalkül von BDI und BDA zu sein, dies als Abschaffungsargument zu benutzen.

Maßgebend für die SE sind zwei europäische Legislativakte, nament-

Kein deutscher Sonderweg

Mitbestimmung in Unternehmen europaweit üblich

lich die Verordnung über das Statut der europäischen Gesellschaft (EG-Verordnung Nr. 2157/2001) sowie die Richtlinie zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer (Richtlinie 2001/86/EG). Erstmals wird mit der SE-Gesetzgebung die Möglichkeit eröffnet, ein grenzüberschreitendes Unternehmen mit ein und derselben Unternehmensverfassung in allen EU-Mitgliedsstaaten zu steuern.

Hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer im Unternehmen sieht die Richtlinie, anders als das inländische Recht, keine zwingende Regelung vor, sondern eine Verhandlungslösung. Danach ist die Mitbestimmung in einer Vereinbarung niederzulegen, die ein aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetztes Gremium aushandelt. Flankiert wird die Verhandlungslösung durch Bestandsschutzregelungen. Sie wurden vor allem auf Druck der Bundesregierung geschaffen, um ein Unterlaufen der Mitbestimmungsstandards durch die Gründung einer SE zu verhindern. Kommt keine Vereinbarung zustande, greift eine gesetzliche Auffangregelung ein, die ebenfalls einen Bestandsschutz enthält.

Gerade die nach langwierigen Verhandlungen eingeführten Be-

**Bestandsschutz
Vorwand zum Aushebeln**

standsschutzregelungen werden nun von Arbeitgeberseite benutzt, um Mitbestimmungsstandards in Frage zu stellen. Denn, so wird argumentiert, eine Einschränkung von Mitbestimmungsrechten sei notwendig, weil sich ansonsten ausländische Unternehmen ihre Partner für SE-Fusionen wegen der paritätischen Mitbestimmung weniger in Deutschland als im europäischen Ausland suchen würden.

Um dies zu verhindern, sehen die von der Arbeitgeberseite favorisierten Reformvorschläge verschiedene Einschränkungen der Unternehmensmitbestimmung vor. Anstelle verbindlicher gesetzlicher Vorgaben wird eine Ver-

handlungslösung vorgeschlagen. Der Umfang der Beteiligung von Arbeitnehmern im Aufsichtsrat wird faktisch auf ein Drittel herabgeschmolzen. Gewerkschaftsvertreter sollen gänzlich aus den Aufsichtsräten verschwinden.

Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die Front der Arbeitgeber nicht geschlossen ist. Erst kürzlich hat z.B. Jürgen Schrempp, Vorstandsvorsitzender von Daimler Chrysler, in Erwiderung auf Rogowski ausdrücklich hervorgehoben, dass in seinem Unternehmen die Mitbestimmung hervorragend funktioniert.

Aber auch sonst können die Argumente von BDI und BDA nicht überzeugen. So ist bisher nicht nachgewiesen, dass deutsche Mitbestimmungsstandards ein Hindernis für ausländische Investoren darstellen. Auch ist die Beteiligung von Arbeitnehmern an Unternehmensorganen kein

„deutscher Sonderweg“. Im Gegenteil existieren in den verschiedenen EU-Staaten eine Vielzahl von Mitbestimmungssystemen, die dem deutschen teilweise sehr ähneln (siehe: www.seeurope-network.org). Gewerkschaftliche Vertreter aus den Aufsichtsräten zu verbannen, ist eine besonders

**Ablehnende Front
nicht geschlossen**

kuriose Forderung, da sie doch die einzig verbliebenen unabhängigen Vertreter dort sind.

Inzwischen hat die Bundesregierung mehrmals bekundet, dass an der Mitbestimmung „nicht gerüttelt“ wird. Damit scheinen die Vorschläge aus den Arbeitgeberkreisen – jedenfalls vorerst – zum Scheitern verurteilt. Ein Grund zur Trauer ist das nicht.

Johannes Heuschmid

ANZEIGE

**AOK - Die Gesundheitskasse
für das Land Brandenburg**

Gesundheit und Gesundheitspolitik im Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513
Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de
Internet: <http://www.aok.de>

AOK
Die Gesundheitskasse.

Sichtweisen eines Abends

Monatlicher Dialog im neuen ver.di-Haus für alle offen

Bildung der besonderen Art – warum nicht mit den „sicht.weisen“ bei ver.di? Jeden dritten Mittwoch des Monats lädt die Bundesverwaltung am frühen Abend zum Dialog mit Wissenschaft, Politik, Unternehmen, Stiftungen, Verbänden und Medien – seit Sommer mit Vergnügen ins neue Haus, Paula-Thiede-Ufer, am Berliner Ostbahnhof. In die Zukunft gesellschaftlich relevanter Themen hinein soll gedacht und geredet werden, natürlich mit Focus auf die große Dienstleistungsgewerkschaft im DGB, aber nicht ausschließlich.

Werden „Gewerkschaften als Zerrbild oder Spiegelbild in aktuellen Umfragen und veröffentlichter Meinung“ dargestellt, fragte beispielsweise im Oktober Kommunikationswissenschaftler Hans-Jürgen Arlt. „Gewerkschaften gehören zu den politischen Organisationen, die sich kritisch auf die real existierenden herrschenden Verhältnisse beziehen. Dafür ernten sie ihrerseits kritische Reaktionen.“ Vorwürfe, sie würden die Wettbewerbsfähig-

keit der Wirtschaft gefährden, seien normalerweise nichts anderes als eine Bestätigung, dass Gewerkschaft richtig funktioniert. Doch wenn sich „mildernde Umstände“ zu einer Immunisierungsstrategie verdichteten, dann seien sie Alibi dafür, dass „man weiterhin denken kann, was man sich schon gedacht hat und auch morgen machen kann, was man vorgestern gelernt hat“, provizierte Arlt. Nach seiner Analyse ist

Zerrbild oder Spiegelbild

das ziemlich schlechte gewerkschaftliche Image in den Medien noch etwas negativer als in den Köpfen. Kommunikatives Handeln sei angesagt, denn wenn man dem eigenen Bild nicht bewusst Farbe und Konturen gäbe, malten es andere allein. „Wenn sich die demoskopischen Werte verschlechtern, die journalistischen Kommentare immer bissiger artikulieren und noch dazu

die Mitgliederzahlen zurückgehen – mehr Signale, zu einer bedrohten Spezies zu gehören, kann die Umwelt einer Non-Profit Organisation nicht senden.“ Arlt riet, „die Arbeit an der Veränderung der Welt vorübergehend auf Rang zwei zu setzen zugunsten der Anstrengung, diese Veränderungen der Welt zu begreifen“.

Mit Lust springt das Publikum nach solchen Denkanstößen in die Diskussion, um die eigenen Sichtweisen einzubringen. „So lebendig haben wir uns einen Berliner Stammtisch bei ver.di vorgestellt, als die Veranstaltungsreihe im März 2003 aus der Taufe gehoben wurde,“ sagt Bernadette Kujawa vom Bereich Politik und Planung. „Sie wird im nächsten Jahr an zehn Abenden fortgesetzt.“ Kommen kann jeder, der interessiert ist, ein fester Teilnehmerkreis hat sich schon herausgebildet, gewerkschaftliche Mitgliedschaft ist nicht Bedingung. Ständig werden neue Themen auf ihre Tauglichkeit für die sicht.weisen abgeklopft. 2005 wird es um Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit

oder Rechtsextremismus gehen. Als Referenten werden in der Regel namhafte Wissenschaftler verpflichtet. Für 2004 setzt am 15. Dezember um 18 Uhr Walter Ganz vom Fraunhofer-Institut mit „Wertschöpfung und Wertschätzung“ zu Dienstleistungsinnovationen den Schlusspunkt.

Bettina Erdmann

Kontakt: sichtweisen@verdi.de, **Infos zu Themen:** www.verdi.de/sichtweisen

FILMSTUDIO

Babelsberger Beschäftigte sollen Verzicht üben

*Erst Anfang Dezember wollten die neuen Eigentümer des Studios Babelsberg ihr Konzept vorlegen. Im Sommer hatten Carl Woebcken und Christoph Fisser das Traditionsunternehmen von Vivendi übernommen. Bereits kurz nachdem der Verkauf bekannt wurde, hatte Woebcken in Zeitungsinterviews, unter anderem in der Berliner Morgenpost erklärt, dass „von den derzeit 220 Mitarbeitern mindestens 50 ausscheiden müssen“. Während sich die Geschäftsleitung zur Zukunft des Studios Babelsberg noch in Schweigen hüllt, wurde sie in den aktuellen Tarifverhandlungen für Filmtechnische Betriebe konkreter. Für das Studio Babelsberg forderte der Verband der Technischen Betriebe für Film und Fernsehen (VTFF) auf mehrere Jahre untertarifliche Bedingungen. Die Einkommen sollten nicht erhöht, das 13. Gehalt ebenso wie das Urlaubsgeld gesenkt werden. Ansonsten würde das Studio Babelsberg aus dem VTFF austreten. „Das Art Department ist bereits vor rund einem Jahr aus dem Tarif ausgestiegen“, sagt Jan-Peter Schmarje, Betriebsratsvorsitzender des Studios Babelsberg. Zu den Forderungen in den aktuellen Tarifverhandlungen ist seine Position eindeutig. „Niemand kann erwarten, dass die Beschäftigten erst auf rund 20 Prozent ihres Gehalts verzichten, dann schlimmstenfalls ihren Arbeitsplatz einbüßen und letztendlich auch noch 20 Prozent weniger Arbeitslosengeld erhalten“. ver.di fordert vom VTFF eine Erhöhung der Einkommen um drei Prozent. **sil***

Wohin man 2004 in Berlin auch schaute – MoMA war überall. Sieben Monate lang, bis am 19. September der Japaner Jumpei Yamamoto als letzter Gast die Ausstellung in der Neuen Nationalgalerie betreten durfte. Während die ständigen Museen der Stadt unter Besucherschwund und Kürzungen leiden, konnte die Sammlung des Museums of Modern Art außergewöhnlich viele Besucher anziehen. Die Veranstalter verbuchten über 6,5 Millionen Euro Einnahmen. Allein in der Berliner Presse waren 700 Artikel zum Thema zu finden, 2 400 mal wurde in den überregionalen Redaktionsstuben über die MoMA geschrieben, und immerhin 500 Artikel bot die internationale Presse. Peter Raue, der Vorsitzende des veranstaltenden Vereins „Freunde der Nationalgalerie e.V.“, musste wiederholt darauf hinweisen, dass doch wohl die ausgestellte Kunst Grund des Erfolgs war, und nicht die „Aura der Warteschlange“

MoMA und ein Ende

Rückkehr nur für die Kunstwerke garantiert

vor den stets überfüllten Kassen. Mehr als 1,2 Millionen Menschen, also etwa 650 am Tag, sahen sich unter anderem Werke von Henri Matisse, Pablo Picasso, Salvador Dali oder Roy Lichtenstein an.

Inzwischen hat das Haupthaus des New Yorker Museums of Modern Art an der West 53rd Street in Manhattan nach zweijähriger Schließung für Besucher wieder geöffnet, 2005 wird der Umbau komplett fertig sein. Die Bilder kehren also zurück. Die früheren Mitarbeiter längst nicht alle.

Im Jahr 2000 hatten 150 der insgesamt 200 gewerkschaftlich organisierten MoMA-Beschäftigten über fünf Monate für einen Tarifvertrag und für einen Sozialplan zur Überbrückung der Schließungszeit und für Rück-

kehrrechte gestreikt. In den letzten Streikwochen standen die Gewerkschafter auf der Baustelle des Millionenprojektes Streikposten.

Der Ausstand fand in den USA und international große Beachtung. Die Direktion musste schließlich einlenken und die gewerkschaftlichen Forderungen weitgehend erfüllen. Nur für die bei der Gewerkschaft UAW organisierten der ursprünglich 600 Beschäftigten gibt es deshalb vertraglich geregelte Rückkehrrechte. Drei besonders aktive Gewerkschaftsvertreter sind allerdings nach den Streikaktionen – angeblich aus Rationalisierungsgründen – vom MoMA gekündigt worden. Die gerichtlichen Verfahren dagegen laufen noch.

Hannes Heine/red.

Heißer Streik-Herbst bei CinemaxX

Nach sieben Verhandlungen immer noch kein Tarifabschluss für Kinobeschäftigte



Foto: transit/v. Polentz

Kino ganz anders: Live-Protest vor dem Haus statt Film drinnen

So mancher, der sich in den letzten Wochen einen gemütlichen Kinoabend in einem Berliner CinemaxX-Kino am Potsdamer Platz oder an der Schönhauser Allee machen wollte, erlebte eine Überraschung: An mehreren Tagen streikten die Beschäftigten stundenlang in nasskalter Witterung, um auf ihre Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen. Als die enttäuschten Besucher erfuhren, was im Kino hinter der Leinwand läuft, war die Reaktion meist verständnisvoll.

Weniger bei der CinemaxX AG. Mehrere Mitarbeiter erhielten Abmahnungen, die nach Auffassung von Dietrich Peters, Fachsekretär für audiovisuelle Medien bei ver.di, in direktem Zusammenhang mit den Arbeitskämpfen stehen. Offenbar führten die Streiks zu erheblichen Verunsicherungen. Dennoch hält das Unternehmen an einer zweigleisigen Lohnstruktur, einer Verkürzung der Mindestschichtlänge und einer Aufhebung der Quote für befristet Beschäftigte fest. Dauer-

hafte Reallohnverluste wären die Folge. So verwundert es nicht, dass auch die siebte Verhandlungsrunde am 11. November zwischen ver.di und CinemaxX ergebnislos blieb – über ein Jahr nach Beginn der Verhandlungen. Nicht einmal ansatzweise ließen die Unternehmensvertreter Kompromissbereitschaft erkennen.

Vor einem Jahr argumentierte CinemaxX mit der angeschlagenen Unternehmenssituation, die drastische Einschnitte notwendig machen würde. Angesichts der Tatsache, dass der Vorstand des Unternehmens inzwischen einen Erfolgsbonus in Höhe von 150.000 Euro erhalten hat, erscheint diese Mär kaum glaubhaft. Vielmehr spricht einiges dafür, dass sich die Lage seit 2003 entscheidend verbessert hat! Finanzielle Einschnitte zu Lasten der rund 2000 Beschäftigten seien nicht nachvollziehbar, schließlich hätten sie in den zurückliegenden Jahren einen wichtigen Beitrag zur Sanierung geleistet, meint ver.di. Die Verhandlungsführer der Gewerkschaft fordern zum Ausgleich realer Einkommensverluste der letzten zwei Jahre eine Anhebung der Löhne um 25 Cent pro Stunde sowie eine Perspektive für echte Lohnerhöhungen. Ferner sollen gleiche Tarifbedingungen für alle Beschäftigten gelten, eine betriebliche Al-

tersvorsorge eingeführt und unbezahlter Urlaub für Praktika und Weiterbildung gewährt werden.

Zurzeit herrscht Stillstand – auch den ver.di-Vorschlag, einen Schlichter zu berufen, hat das Unternehmen abgelehnt. Vielleicht lässt sich die Vorstandsriege von CinemaxX tatsächlich nur durch verstärkte Streiks überzeugen. Matthias von Fintel, Bundestarifsekretär Medien bei ver.di, meint jedenfalls: „Nach wie vor ist ein Tarifabschluss nicht abzusehen, denn CinemaxX ist nicht bereit, faire Löhne und Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.“ Für die letzten Wochen des Jahres seien weitere Kinostreiks zu erwarten, nicht zuletzt, weil in dieser Zeit im Kino gute Geschäfte gemacht werden. Es sei nun an der Unternehmensleitung, auf die Arbeitnehmer zuzugehen.

Ute C. Bauer

GEGENDARSTELLUNG

In der Zeitschrift „Sprachrohr – Informationen für ver.di-Mitglieder in Berlin-Brandenburg“, Ausgabe 5/04, wird unter der Überschrift „Ein Helau vom sinkenden Schiff“ über mich Unzutreffendes berichtet.

1. Es wird unrichtig behauptet, ich hätte auf der Internetseite des DJV-Brandenburg „Zwölf Thesen für einen zukunftsfähigen Verband“ veröffentlicht.

Richtig ist, daß ich die von mir verfaßten „12 Thesen für einen zukunftsfähigen DJV“ nicht auf der Internetseite des DJV-Brandenburg veröffentlicht habe.

2. Weiter wird behauptet, ich sei „Pensionär“.

Das ist falsch. Ich bin berufstätig und nicht Pensionär.

3. Schließlich heißt es: „Noch besser ist, wenn man schon Rente kriegt.“

Der dadurch erweckte Eindruck, ich würde Rente beziehen, ist falsch. Ich beziehe keine Rente.

Berlin, den 29. Oktober 2004

Hans Werner Conen

Das Berliner Pressegesetz verpflichtet uns, die Gegendarstellung unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt zu veröffentlichen. Zu den Fakten weiterhin: www.djv-brandenburg.de.

nicht zu erwarten. Wohl zum Zeichen der Versöhnung besuchte sie den Film „Der Untergang“ im UCI-Kino, das inzwischen als Kino LausitzPark Betriebsgesellschaft mbH (einer Schwestergesellschaft der in Bochum ansässigen UCI-Gesellschaft) firmiert.

„Natürlich sind meine 40 Kolleginnen und Kollegen – darunter 30 in Teilzeit – und ich sehr erleichtert, dass die Stadt Cottbus eingelenkt hat“, sagt Betriebsratsvorsitzender Martin Schwow. „Wir werden dennoch aufpassen müssen, dass der Verzicht auf ein weiteres Großkino beibehalten wird. Schließlich ist Groß Gaglow ein Stadtteil von Cottbus geworden.“

Hans-Hermann Krönert

Happy End im Kino

Cottbus lenkt ein: UCI in Groß Gaglow bleibt

Der Streit um das UCI-Großkino in Groß Gaglow (seit 2003 durch Kommunalreform von oben zu Cottbus eingemeindet) ist ausgestanden. In einem gerichtlichen Verfahren war die vom Landrat des Spree-Neiße-Kreises erteilte Baugenehmigung für null und nichtig erklärt worden, was die Stadt Cottbus in die Lage versetzte, die Schließung des Lichtspielhauses zu betreiben. Begründung: Die Stadt wollte ein eigenes Kino im Zentrum erbauen lassen. Es entwickelte

sich ein Jahre währender Streit, der auf dem Rücken der UCI-Beschäftigten ausgetragen wurde und viele Ängste um den drohenden Arbeitsplatzverlust schürte.

Trotz der für den innerstädtischen Kinobau vorliegenden Baugenehmigung gab der UFA-Investor schließlich wegen eigener Insolvenz auf. Vor diesem Hintergrund sowie der Eingemeindung des Nachbardorfes erklärte Oberbürgermeisterin Karin Rätzel (parteilos), sei „auf absehbare Zeit“ der Bau eines Innenstadtkinos

Die Unternehmervverbände der Druck- und Papierindustrie blasen zum großen Halali auf alle Leistungen, die tariflich in den vergangenen Jahrzehnten erkämpft wurden. Ihre Wunschliste ist lang: Arbeitszeit, Urlaubsgeld und Jahresleistung, der freie Sonnabend, Zuschläge – nichts wird ausgespart, am liebsten möchten sie alles abschaffen. Bereits im Juli 2004 kündigten sie die Manteltarifverträge (MTV), also ein halbes Jahr vor der Kündigungsfrist und knapp neun Monate vor dem Auslaufen der tariflichen Friedenspflicht. Der MTV in der Druckindustrie gilt noch bis mindestens 31. März 2005, der MTV für die Papierverarbeitung bis 31. Dezember 2004. Danach wirken die Tarife weiter, können aber „durch andere Abmachungen ersetzt werden“, wie es im Tarifvertragsgesetz heißt. Beschäftigte, die nach diesen Fristen einen neuen Arbeitsvertrag unterschreiben, können zu schlechteren Bedingungen eingestellt werden.

Betroffen sind rund 200.000 Beschäftigte in der Druckindustrie und 100.000 in der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie bundesweit. Diesen Wunschzettel der Unternehmer summiert, würde für sie eine Lohnkostensparnis von bis zu 40 Prozent bedeuten. In den vergangenen zwei Jahren wurden in der Druckindustrie bereits mehr als 15.000 Arbeitsplätze abgebaut. Weitere 20.000 Arbeitsplätze sind gefährdet, wenn sich die Arbeitgeber mit ihrer Forderung nach unbezahlter Arbeitszeitverlängerung um bis zu fünf Stunden in der Woche und dem Abbau von bis zu acht freien Tagen sowie weiterer Arbeitszeitflexibilisierung durchsetzen könnten.

Statt 35 wollen die Unternehmen ihr Personal künftig wieder 40 Stunden pro Woche arbeiten lassen – natürlich ohne Lohnausgleich. In einem Betrieb mit 100 Beschäftigten wären so rein rechnerisch 14 Kolleginnen und Kollegen „überflüssig“.

sil

Halali – Jagd Generalangriff auf die tarifli



Die wichtigsten Forderungen des Bundeverbands Druck und Medien (bvdM)

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ist für den einzelnen Arbeitnehmer auf fünf Tage von Montag bis Samstag zu verteilen.

Nachteil für die Beschäftigten: Der freie Sonnabend fällt weg, ebenso die Samstags-Zuschläge.

40-Stunden-Woche im Westen, 43-Stunden-Woche im Osten.

Nachteil für die Beschäftigten: Fünf Stunden Mehrarbeit pro Woche ohne Lohnausgleich bedeutet 14 % Mehrarbeit oder auf den Ecklohn (West) bezogen 4.680 Euro. Nach ver.di-Berechnungen werden dadurch bis zu 20.000 Arbeitsplätze gefährdet.

Unbeschränkte Arbeitszeitflexibilisierung, kurzfristige An- und Absage von Arbeitszeiten wird möglich.

Nachteil für die Beschäftigten: Überstunden sind nicht mehr freiwillig, Überstundenzuschläge fallen weg. Zudem wird das Mitbe-

stimmungsrecht des Betriebsrats eingeschränkt.

Tarifliche Sonderentschädigungen werden gestrichen.

Nachteil für die Beschäftigten: Bei einem ungünstig liegenden Arbeitsbeginn in der Zeit von 11.45 bis 13.45 Uhr entfällt die Zahlung von zwei Arbeitsstunden wöchentlich. Bisher müssen zwischen Arbeitsende und dem Wiederbeginn des nächsten Arbeitstages elf Stunden Ruhe liegen. Dies würde dann entfallen. Ebenso die bisher vereinbarten Zuschläge, wenn die elf Stunden ausnahmsweise nicht eingehalten werden können.

Einfrieren der Antrittsgebühr für die Herstellung von Zeitungen und Zeitschriften an Sonn- und Feiertagen.

Nachteil für die Beschäftigten: Bei zukünftigen Tarifierhöhungen bleibt die Antrittsgebühr unberücksichtigt, nach dem 1. April 2005 neu Eingestellte sollen ganz auf sie verzichten.

Zuschläge für nach dem 1. April 2005 Eingestellte werden gekürzt oder ganz gestrichen.

Nachteil für die Beschäftigten: Für Tag-, Früh- und Spätschicht werden keine Zuschläge mehr gezahlt,

alle anderen Zuschläge radikal gekürzt. Ganz abgesehen von der Ungerechtigkeit gegenüber neuen Kollegen, gibt es auch keine Garantie, dass die alte Belegschaft dauerhaft Bestandsschutz erhält.

Das Weihnachtsgeld soll gestrichen oder gekürzt werden, wenn die betriebliche Situation dies nach Ansicht der Unternehmer erfordert. Dafür soll künftig eine Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat reichen. Bisher mussten die Tarifparteien, also die Gewerkschaft beteiligt werden.

Arbeitgeber: Jammern auf hohem Niveau?

...Aus dem Newsticker...

bvdM zieht positive Bilanz

„Wir gratulieren der Messe Düsseldorf für eine ausgebuchte und gut besuchte drupa 2004. [...]“

Thomas Mayer,
Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Druck und Medien zur Fachmesse drupa 2004. Quelle: www9.drupa.de.

bvdM-Konjunkturtelegramm Druckindustrie Oktober 2004

Beurteilung der Geschäftslage: Die geschäftliche Situation hat sich weiter gebessert und nähert sich allmählich einem insgesamt befriedigenden Niveau. 16 % der Betriebe halten ihre Geschäftslage für gut, 60 % für befriedigend und 24 Prozent für schlecht.

Produktionsentwicklung: Die Produktion nimmt weiter zu, und zwar stärker als im Vorjahr zur gleichen Zeit. 20 % berichten über eine steigende, 10 % über eine sinkende Produktionstätigkeit gegenüber dem Vormonat.

Nachfrageverlauf: Die Nachfragesituation hat sich ebenfalls deutlich gebessert. Die Auftragsbestände können stärker als im Vormonat aufgestockt werden. Sie unterschreiten ihr Normalmaß weniger häufig als in den Vormonaten und vor Jahresfrist. 32 % halten ihre Bestände für zu klein. 11 % berichten über verhältnismäßig große Auftragsbestände.

Quelle: www.bvdm-online.de

Umsatz mit Papier- und Pappwaren steigt 2003 auf über 15 Mrd. Euro- Beschäftigung in der Papier- und Pappverarbeitung geht weiter zurück

frei! Rechte



Fotos: transitiv. Polentz

Entgegen der allgemeinen Konjunkturschwäche in Deutschland hat sich die Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie im vergangenen Jahr gut behaupten können, erklärte Thomas Pfeiffer, Geschäftsführer des Hauptverbandes Papier- und Kunststoffverarbeitung (HPV), anlässlich der DRUPA-Presskonferenz am 19. April 2004 in Düsseldorf.

2003 wurden mehr als 9 Mio. Tonnen Papier- und Pappwaren hergestellt, wovon Verpackungen aus Papier, Karton und Pappe die größte Warengruppe darstellen, gefolgt von Haushalts- und Hygienepapierwaren, Etiketten, Büro- und Schulartikeln, Tapeten, buchbinderischen Erzeugnissen und sonstigen Papier- und Pappwaren.

Die rund 800 Unternehmen der Papier- und Pappverarbeitung haben im vergangenen Jahr einen Branchenumsatz von 15,24 Mrd. Euro erzielen können, was einer Zunahme um 3,6 % gegenüber 2002 entspricht. Die Exporte sind um 3,2 % auf 4,89 Mrd. Euro gestiegen, wobei rund 70 % der Ausfuhren in das europäische Ausland gehen.

Quelle: HPV-Pressmitteilung
02/2004

Umgehen mit einem Flickenteppich Betriebsräte aus Zeitungsbetrieben trafen sich

Herbstliches Betriebsrätetreffen in Wensickendorf – Erfahrungsaustausch vor dem Hintergrund eines Flickenteppichs von sehr unterschiedlichen tariflichen Bedingungen in den Zeitungsbetrieben von Brandenburg. OT-Mitgliedschaften im Unternehmerverband, Haustarifverträge, Saniertarifverträge, TV-Ost und -West, einige Betriebe im gekündigten TV-Zustand. Es gibt nur noch ein echtes Mitglied im BdZV in unserem Landesbezirk, das sich an den Druck-TV hält und das ist Axel Springer, Verlagshaus Kochstraße und Betriebsstätte Spandau. Daraus ergeben sich die provokanten und zentralen Fragen: Wie weit ist der Flächentarif für uns noch zeitgemäß? Welche Chance haben wir, gemeinsame gewerkschaftliche Ziele durchzusetzen, welche Vorgehensweisen in solch unterschiedlichem Tarifbereich sind angemessen und erfolgversprechend?

Erfahren haben wir, dass es wohl keinen Verlag gibt, in dem nicht entweder durch Personalkürzungen, Arbeitszeit-Veränderungen – länger arbeiten zum gleichen Lohn oder Arbeitszeitkürzungen ohne Lohnausgleich – oder andere Ein-

sparungsmaßnahmen der Druck auf die Mitarbeiter zunimmt. In den Redaktionen werden die Stammmannschaften kleiner und die „Freien“ immer mehr, Praktikanten spielen eine immer größere Rolle in der täglichen Produktion der Zeitung. Mitarbeiter, die ausscheiden, werden nicht ersetzt, die Arbeitsverdichtung nimmt enorm zu, der Redakteur wird zur „Wollmilchsaure“, weil er Layout und Korrektur neben der Recherche und dem Schreiben mit erledigen soll.

Erkenntnis aus dem BR-Treffen ist für mich: sich gegenseitig auf dem Laufenden zu halten, um Verständnis für die jeweilige Lage des anderen zu haben. Ziel wird auch sein, ein Netzwerk von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten aus allen Zeitungshäusern zu schaffen, die gemeinsame Ziele formulieren. Erste Termine dafür sind abgesprochen.

Zur Meinungsfindung und Durchsetzung unserer tariflichen Ziele bei den MTV- und Lohn-TV-Verhandlungen 2005 ist außerdem die Bildung von Arbeitsgruppen in den einzelnen Zeitungshäusern vorgesehen.

Holger Kollonitsch,
stellv. Betriebsratsvorsitzender Axel Springer AG, Berlin

Jörg Kerwien: Behalten, was wir jetzt haben

Fragen an den Betriebsratschef des Druckhauses Berlin-Spandau, Axel-Springer-Verlag



Spürt Ihr im Betrieb die Härte der aktuellen Tarifverhandlungen?

Es gibt ein Abklopfen unseres Arbeitgebers, was möglich ist. Springer möchte von der 5-Tage-Woche auf die 4-Tage-Woche gehen. Sie wollen die tägliche Arbeitszeit

von derzeit 7 Stunden plus eine halbe Stunde unbezahlte Pause auf 8,75 Stunden plus 0,75 Stunden unbezahlte Pause erweitern. Dies würde 9,5 Stunden Anwesenheit bedeuten. Dadurch bräuchten sie nur noch zwei und nicht mehr drei Schichten. Für Springer hätte dies unter anderem den Vorteil, dass die Nachtschicht früher endet und so Zuschläge wegfallen würden. Außerdem müssten Arbeitszeitkonten eingeführt werden. Bezahlte Überstunden könnten so verhindert werden. Wir verhandeln derzeit noch.

Wie wirkt sich diese Situation auf die Stimmung im Betrieb aus?

Die Beschäftigten haben Angst, denn es steht einiges auf dem Spiel. Springer hat seine beiden Tiefdruckereien zunächst in eine eigenständige Tochtergesellschaft überführt, sie sollen in die große Fusion einfließen. Und die Be-

Arbeitszeit

Meldet Euch –
Arbeitsgruppe
sucht Mitstreiter

AG Soziale und kulturelle Offensive
(AG SoKO)



Die AG SoKO (Arbeitsgruppe Soziale und kulturelle Offensive) des Landesfachbereichsvorstands Medien, Kunst und Industrie wird diese Tarifrunde begleiten und unterstützen. Wir wollen uns insbesondere dem Thema ARBEITSZEIT widmen:

„Welche Arbeitszeiten brauchen wir? – Wie können wir sie gestalten, wie darüber verfügen?“
MitstreiterInnen sind hoch erwünscht.

Kontakt:
Andreas.Koehn@verdi.de;
Tel.: 030 – 8866 4106.

schäftigten fragen sich natürlich, könnte das, was mit den Tiefdruckereien geht, auch uns passieren? Wann sind wir dran? Außerdem wollen die Arbeitgeber in der Tarifrunde unter anderem das Antrittsgeld für Sonn- und Feiertagsarbeit angreifen, auch Jahresleistung und Urlaubsgeld sind gefährdet. Über das Jahr gerechnet wäre dies eine erhebliche Lohneinbuße für den Einzelnen.

Gibt es Reaktionen bei den Beschäftigten?

Es gab nach der Fusion zu ver.di etliche Gewerkschaftsaustritte, auch bei uns. Da hat sich nicht jeder wieder gefunden. ver.di verzeichnet im Moment eine Menge Eintritte. Die Beschäftigten wollen sich absichern, falls es zu einem Streik kommt. Es geht ihnen diesmal nicht um eine Lohnerhöhung, sondern um substanzielle Dinge. Sie wollen einfach das behalten, was sie jetzt haben.

Silke Leuckfeld



Foto: transit/v. Polentz

Galerie-Debatte am 23. November v. l. n. r.: W. Timpe, Dr. R. Gössner, H. Canjé, K. Stiffel, E. Kublick

„Sie ist haftgewohnt...“

Eine Ausstellung zu vergessenen Opfern des Kalten Krieges im Westen

„Richten Sie Ihrem Chef aus, dass er sich schämen soll“, schrieb der Bremer Rechtsanwalt Heinrich Hannover in Sachen Rehabilitation von Opfern des Kalten Krieges an einen Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Hannover und Gerhard Schröder sind alte Bekannte und verteidigten vor zwei Jahrzehnten auch Linke, die in der alten Bundesrepublik von der Staatsmacht Repressalien erlitten hatten. Doch als Kanzler wollte Schröder nichts mehr von dem wissen, was Hannover nach wie vor wütend macht: „Eine solche Sichtweise kann sich durchsetzen, weil viele Menschen gar nicht wissen, dass es Opfer des Kalten Krieges in beiden Deutschlands gab.“

Eine Ausstellung, die noch bis zum 17. Dezember in der Berliner Medien Galerie zu sehen ist, will dieser kollektiven Geschichtsvergessenheit harte Fakten entgegensetzen. Es sind viele Einzelschicksale von Menschen dokumentiert, die sich nach dem 2. Weltkrieg gegen die Wiederaufrüstung oder den wiederauflebenden Neofaschismus einsetzten, die sich als Betriebsräte oder Kommunalpolitiker engagierten und von der Justiz verfolgt worden sind, weil ihre Tätigkeit als Wiederbelebung der illegalen Kommunistischen Partei oder einer ihrer Nachfolgeorganisationen bewertet wurde. Gegen Hunderttausende wurde zwi-

schen 1951 und 1968 aus politischen Gründen in Westdeutschland ermittelt. Mehr als zehntausend Urteile wurden gesprochen. Es gab hohe Geld-, aber auch Haftstrafen.

Strafverschärfend konnte es sein, wenn man schon im NS-Regime wegen Widerstands verurteilt worden war. Die Gewerkschafterin Martha Hadinsky aus dem Ruhrgebiet saß mehr als sieben Jahre aus politischen Gründen in Nazigefängnissen, wo ihre Gesundheit ruiniert wurde. 1959 wurde sie zu einer Gefängnisstrafe von 14 Monaten wegen Aktivitäten für die illegale KPD verurteilt. Eine Aussetzung der Haftstrafe wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes wurde abgelehnt. Mit Verweis auf ihre Verfolgung unter den Nazis hieß es in der Begründung des Gerichts: „Sie ist haftgewohnt“. Kurze Zeit nach ihrer Entlassung starb Martha Hadinsky an Herzversagen. Allein, dass diese Menschen dem Vergessen entrissen wurden und ein Gesicht bekommen haben, ist ein wichtiger Verdienst dieser Ausstellung.

Auch die Biographien der Richter und Staatsanwälte, die diese Urteile gesprochen haben, kommen zur Sprache. Viele hatten ihre Karrieren im NS-Regime später bruchlos fortgesetzt. Als der bekannte NS-Widerstandskämpfer Kurt Baumgarte in seinem Verfahren nach dem politischen Vor-

leben seiner Richter fragte, wurde er lapidar beschieden: „Die Frage des Angeklagten an das Gericht, ob die Berufsrichter oder Schöffen der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört haben, wird zurückgewiesen, weil dem Angeklagten weder nach der Strafprozessordnung oder nach dem Gerichtsverfahrensgesetz ein Anspruch auf das Vorleben der Richter zusteht.“

Doch auch in den Gewerkschaften wurde im Kalten Krieg die Satzung außer Kraft gesetzt, um tatsächliche oder vermeintliche Kommunisten auszuschließen.

In der Ausstellung wird dokumentiert, wie der damalige IG-Bau-Vorsitzende Georg Leber gegen gewählte Vorstandsmitglieder im Ruhrgebiet vorgegangen ist. „Mit den Möglichkeiten demokratischer Regeln war gegen die von ihrer Partei geführten Kommunisten nicht mehr anzukommen,“ wird aus Lebers Biographie zitiert.

Die Berlin-Brandenburger Fachbereichsvorsitzende Constanze Lindemann erinnerte in ihrer Rede zur Ausstellungseröffnung an einen zwischenzeitlich in Vergessenheit geratenen Gewerkschaftsbeschluss. Dort war festgelegt worden, eine Aufarbeitung der deutschen Geschichte von beiden Seiten zu leisten und besonders den linken Gewerkschafter Victor Agartz zu rehabilitieren. Er war zu Unrecht beschuldigt worden, mit offiziellen Stellen der DDR Kontakt gehabt zu haben. Seine Entlassung aus dem DGB wurde nie rückgängig gemacht. Eine Veranstaltung im Rahmenprogramm der Ausstellung beschäftigte sich speziell mit dem Fall Victor Agartz.

Diese mutige Ausstellung gegen den Trend sollte noch in vielen anderen Gewerkschaftshäusern gezeigt werden. Denn eine Aufarbeitung der Opfer des Kalten Krieges auf westlicher Seite steht noch aus. Das Motto der Ausstellung ist deshalb Programm: „Hier besteht Handlungsbedarf“.

Peter Nowak

Die Ausstellung ist bis zum 17. Dezember in der Medien Galerie, Dudenstr. 10, täglich von 12 – 19 Uhr zu sehen (www.mediengalerie.org).

REICHTUM RETTEN?

Am 7. Januar um 20 Uhr wird in der Medien Galerie die nächste Schau „Rettet den Reichtum – die Politik des globalen Kapitals und der Widerstand dagegen“ eröffnet. Die Ausstellung des Bundesverbandes der Arbeiterfotografie in Zusammenarbeit mit dem ver.di-Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, zeigt Einzelfotos, Serien, Reportagen, Collagen und Montagen von mehr als 20 FotografInnen und Bildkünstlern, die sich thematisch der „Hartz-IV-Reform“ und dem Widerstand dagegen widmen. Im Rahmenprogramm findet

am 9. Januar von 15 bis 21 Uhr der Kongress „Die Medien und der globale Krieg nach innen und außen“ statt. Zu Vorträgen und einer Podiumsdiskussion werden u. a. erwartet: Ellen Diederich (Frauenfriedensarchiv, Oberhausen), Andreas Neumann (Arbeiterfotografie, Köln), der Philosoph und Buchautor Dr. Werner Rügemer, attac-Bundessprecher Peter Wahl, der Journalist und Autor Gerhard Wisnewski sowie Roland Tremper (stellv. Vorsitzender des ver.di-Landesbezirks). (siehe: www.mediengalerie.org)

Unermüdliche, kreative Geister

Gratulation für drei der ältesten hauptstädtischen Journalisten



Foto: transit/v. Polentz

Gäste von weither bei Kurt Julius Goldstein

■ TIEFE SPUREN – KURT JULIUS GOLDSTEINS 90.

Eine Gruppe junger Spanier hatte es an diesem trüben Novembertag in das Palais am Festungsgraben nahe dem Berliner Maxim-Gorki-Theater verschlagen. Ihre Wege kreuzten sich mit einer Festgesellschaft, die den Geburtstag eines Mannes feierte, der auch Jahre in Spanien zugebracht hatte. Die Neugier der jungen Leute wandelte sich in Begeisterung, als sie erfuhren, dass dieser Mann, dem da Tribut von Gästen aus Israel, den USA, Frankreich und Deutschland gezollt wurde, Ehrenbürger ihres Landes ist.

Gefeiert wurde unser Kollege Kurt Julius Goldstein, Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitzkomitees und Ehrenvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes. Er wurde am 3. November 1914 in Dortmund als Kind jüdischer Eltern geboren. 1933 konnte er – nun doppelt gebrandmarkt als Jude und Kommunist – den faschistischen Häschern entkommen. Über Frankreich ging es nach Palästina. Als 1936 die Junta Francos gegen die junge spanische Republik putschte, war er unter den ersten 300 Freiwilligen, die in den Internationalen Brigaden für Spaniens Freiheit kämpften. Eine bewegende Begegnung also. So bewegend, wie diese Geburtstagsrunde für alle war, die dabei mit fast einem Jahrhundert deutscher Geschichte konfrontiert wurden.

Nach der Auflösung der Inter-

nationalen Brigaden lieferte die mit Nazideutschland kollaborierende Regierung die Spanienkämpfer an die Gestapo aus. Für Kurt Goldstein bedeutete das die Deportation in das KZ Auschwitz. Der Häftling Nummer 58866 leistete drei Jahre Zwangsarbeit in der Kohlengrube. Im Januar 1945 ging es auf den Todesmarsch nach Buchenwald. Am 11. April 1945 leistete er mit seinen befreiten Kameraden den Schwur, der ihn bis heute begleitet: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Zu den Stationen nach 1945 gehört sein Wirken als Journalist im Rundfunkhaus Nalepastraße. Wer ihn dort, auch als Chefredakteur und Intendant, kennen gelernt hat, wird ihn als polyglotten Meister der Sprache, geduligen Zuhörer, leidenschaftlichen Antifaschisten mit den tiefen Spuren von Spanien, Auschwitz und Buchenwald im Herzen, in Erinnerung haben. Und, was bei sich seinem Lebenslauf von selbst versteht, als Verfechter seines Traums von einem aller Welt Freund sozialistischen Deutschland. Einer Vision, der er ungebrochen anhängt. Noch viele gute Jahre, Kollege Goldstein!

Hans Canjé

■ H-H-H – HANS HILDEBRANDT WURDE 85

Von Film und Fernsehen kennt man ihn vor allem durch seine einmalige „Warmbierstimme“. Sie allein war es allerdings nicht, die ihn beliebt gemacht hat. Es wa-

ren seine Sendungen beim Berliner Rundfunk, im Deutschlandsender und bei Stimme der DDR: „Hans Hildebrandt kommt zu Besuch“, „Sonntagmorgen mit Hans Hildebrandt“, „Hans Hildebrandts Hörservice“, eben „H-H-H“. Schauspieler wollte er werden. Der Krieg zerstörte alle Hoffnung, denn Hans kam mit einer schweren Verwundung in ein Lazarett in Goslar. Hier begannen er und seine Frau Sonja Branthin 1946 an der „Jungen Bühne“ zu arbeiten. Aber es zog beide nach Berlin zurück. Der Kulturbund, dann der Deutsche Verdienst (später Konzert- und Gastspielspielleitung), waren Stätten ihres Wirkens. Sie gestalteten literarisch-musikalische Programme, spielten in FDGB-Ferienheimen und Krankenhäusern. Herausragend war ihr Wirken an Schulen. Literaturunterricht wurde so zum Kunsterlebnis. 1950 kam Hans zum Rundfunk und pflegte gehobene Unterhaltung durch Ausdruckskraft und feinsinnigen Humor. Nicht unerwähnt seine Synchronarbeit, die Mitwirkung bei Hörspielen. In den 90er Jahren noch arbeitete Hildebrandt für den ORB, gab Dokumentarfilmen seine unverwechselbare Stimme. Was macht Hans Hildebrandt heute? Er schreibt. Er arbeitet immer noch für die „Junge Bühne Goslar“, die es zwar als Theaterform nicht mehr gibt, die aber Sonja und Hans Hildebrandt eine zahlreiche Fangemeinde erhalten hat. Das Stadtarchiv ist jedes Jahr überfüllt, wenn „Die alten Gaukler“ auftreten. Hans Hildebrandt schreibt auch für den Senioretheater-Club Köpenick. Wün-



Foto: transit/v. Polentz

Hildebrandt tippt traditionell

schen wir diesem unermüdlichen und schöpferischen Geist Gesundheit und noch viele gute Ideen!

Gisela Vogel

■ SCHALOM – GERHARD ZADEK ZUM 85.

Neben der PDS-Bundestagsabgeordneten Petra Pau gratulierten der ehemalige HU-Rektor und Vorsitzende des VVN Prof. Heinrich Fink, Kampfgefährten aus der DRAFD – Deutsche in der Resistance – ehemalige Kollegen, Freunde und Tochter Ruth, Kultursenatorin in Nürnberg. An diesem 2. November konnte Gerhard Zadek mit ihnen auf ein bewegtes Leben anstoßen. Er gehörte zur Widerstandsgruppe Herbert Baum. „Mein Leben und das meiner Frau war geprägt von den antifaschistischen Idealen Herbert Baums und der jüdischen Kameraden um ihn,“ hob der Jubilar mit einem „Schalom“ sein Glas.



Foto: transit/v. Polentz

Pau gratuliert Zadek

„Mein größter Wunsch ist dass das Vermächtnis derer, die ihr junges Leben riskierten, unvergessen bleibt.“ In der englischen Emigration trat er 1940 in die Gewerkschaft ein und wurde als deutscher Antifaschist Vertrauensmann in einer Fabrik. Nach Deutschland zurückgekehrt, arbeitete er in verschiedener journalistischer Verantwortung. So im DDR-Pressamt und im Volkswirtschaftsrat, auch als stellvertretender Chefredakteur in Mecklenburg. Bis heute schreibt er, hält Vorträge. Zuletzt las er am 9. Dezember im Berliner Café Sibylle aus den mit seiner Frau geschriebenen und im Dietz-Verlag erschienen Büchern „Mit dem letzten Zug nach England“ und „Ihr seid wohl meschugge“. Wachen Geist und gute Gesundheit, lieber Kollege Zadek!

red.

Wellness für den VS

Mitgliederversammlung in Cottbus

FACHGRUPPE



LITERATUR

Am 19. Oktober fand im Cottbuser Heron-Buchhaus die diesjährige Mitgliederversammlung des Brandenburgischen VS statt. Schwerpunkt war der Bericht des Vorsitzenden über die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Dabei wurden Erfolge, wie die beispielgebenden Pilotprojekte zum Thema „Globalisierung und Literatur – Schriftsteller gehen in die Schulen“, durch Diskussionsanregungen für ein marktgerechtes Marketing der Verbandsarbeit er-

gänzt. So wurde durch Andrea Jennert angeregt, themenbezogene VS-Teamlesungen vorzubereiten, in denen wegen des direkten inhaltlichen Bezugs (z.B. „Schönheit und Mode“) potenzielle Sponsoren (dafür also Mode- oder Wellnessfirmen) zielgerichteter für die Unterstützung der Lesevents gewonnen werden können. Ein entsprechender Pool mit Kurzgeschichten und Lyrik sowie Themenvorschlägen soll kurzfristig gebildet werden. Dies wäre eine bessere Basis, um Partnern wie dem Literaturbüro, öffentlichen Geldgebern und Medien offensiv gegenüberzutreten.

Informationen zu Entwicklungen im VS und im European Wri-



Foto: FG

Schriftsteller wollen offensiver agieren

ter's Congress, die Ingrid Protze beisteuerte, halfen, die eigenen Probleme in größeren Zusammenhängen zu betrachten.

Als Frage bleibt das politische Bekenntnis des VS-Vorsitzenden

in seinem Rechenschaftsbericht zur Mitgliedschaft in ver.di. Sind wir auf dem richtigen Weg in die Zukunft des Verbandes? Hier sind die Mitglieder gefragt.

Rüdiger Kurock

VORMERKEN

Lesemarathon 2005

Auch im nächsten Jahr wird der Berliner VS wieder seinen Lesemarathon durchführen und lädt alle Berliner und Brandenburger VS-Mitglieder herzlich ein, sich an der einen oder anderen Schublade zu beteiligen. In der Woche vom 7. bis 10. März 2005 sind Lesungen zu folgenden Themen geplant:

Montag, 7. März:

„Historie“, Buchhandlung am Nonnendamm

Dienstag, 8. März:

„Fit in die Kiste“, Dorotheenstädtische Buchhandlung

Mittwoch, 9. März:

Lyrik

Mittwoch 9. März:

(zusätzlich aufgenommen)

„Randberliner“, Blankenburg

Donnerstag, 10. März:

„Liebe...“, Bibliothek im Forum Neukölln

Abschlussveranstaltung

Freitag, 11. März 2005:

Colloquium „Literatur jenseits von Bestsellerlisten und Fernseh-talks“ – Berliner Verlage stellen sich vor, Literaturhaus Berlin

Anmeldungen bis 15. Januar in der Geschäftsstelle, Telefon: 030-8866-5403, Fax: 030-8866-5934, e-Mail: anke.jonas@verdi.de

Etwas mehr als 30 Kolleginnen und Kollegen fanden den Weg in das neue ver.di- Gebäude zur Mitgliederversammlung, zum Thema „ver.di – Bilanz und Perspektiven“.

Der Vorsitzende des Berliner Verbandes, Horst Bosetzky, berichtete über Aktivitäten und verwies auf ein Papier mit dem Bericht des Vorstandes, das zum Mitnehmen auslag.

Als Referenten hatte der Vorstand Reimer Eilers, Mitglied des Bundesvorstandes und Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg des VS, eingeladen, der vor allem über die finanziellen Probleme sprach. Ein Beitrag, der kontrovers diskutiert wurde.

Der Vorstand informierte die Mitglieder über weitere Vorha-

Zur Mitarbeit animiert

Berliner VS diskutierte Bilanz und Perspektiven

ben und animierte sie zur Mitarbeit. –ky erinnerte die Anwesenden an die für 2005 geplante Anthologie und an den Lesemarathon. Außerdem ist eine neue Lesereihe im Literaturhaus Berlin zum (Arbeits)Thema „Von uns wieder entdeckt – fast vergessene Schriftstellerinnen und Schriftsteller“ geplant. Lothar Petzold verlas seinen Aufruf „Anstoss 04“, die Einladung interessierter Mitglieder zu einem regelmäßigen Treffen, um über Sprachverstümmelungen zu debattieren

und sich Werke vorzulesen (der Aufruf liegt in der Geschäftsstelle vor). Werner Gerber informierte über die Insolvenz der NGL.

Nach der Pause referierte Joachim Meinert den für die Lesung am 16. September vorbereiteten Vortrag zu Leben und Werk Pablo Nerudas, den er aufgrund einer Erkrankung dort nicht halten konnte. Eine interessante, mit vielen Anekdoten und einigen Gedichten gewürzte, wenn auch zu lange Ausführung. Trotzdem ein schöner Abschluss. **G.K.**

GELUNGENE EXPERIMENTE MIT NERUDA IN COTTBUS

Unter einer solchen Überschrift würdigte die örtliche Presse zwei Unternehmungen des Brandenburgischen VS zum 100. Geburtstag des chilenischen Welt dichters. Die eine war eine schauspielerische Meisterleistung Friedo Solters im Staatstheater, die – von einer Idee unserer Organisation ausgehend – viele Modifikationen erlebte. Die andere war eine Teamlesung in einem begeisternd vollen Saal des

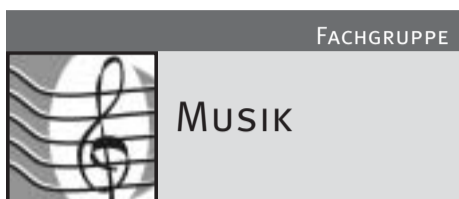
Heron-Buchhauses. Zehn verschiedene Stimmen aus unseren Reihen, zehn Berührungspunkte sowohl zwischen dem Menschen als auch dem Werk Pablo Nerudas, den Vortragenden als auch den gespannt lauschenden und gelegentlich lachenden Besuchern. Nicht nur Ruth Kraft war Neruda persönlich begegnet, nicht nur Liebes- oder revolutionäre Lyrik hat uns der Künstler hinterlassen. Von allem

wurden Wortbilder gezeigt, und sie fanden zu einem runden Ganzen zusammen. Es war ein Experiment. Andrea Jennert hat als Moderatorin vorher nur hoffen können, dass ihre emotionale Beziehung zu Neruda als Funke auf ein paar Besucher überspringt. Aber selbst Schüler, die sichtlich nur gekommen waren, weil sie ihre Lehrer geschickt hatten, nahmen Bleibendes mit.

Rüdiger Kurock

Gnadenlos abgebügelt!

Profilbildende Leistung einer Kulturschaffenden negiert



„KW“ heißt „kann wegfallen“. So will es die Verwaltungssprache schon seit vielen Jahren und meinte bislang die Nicht-Wiederbesetzung einer Arbeitsstelle nach dem Ausscheiden oder Weggang ihrer Inhaberin. Nach der Wende kam dann noch der nicht weniger unschöne Begriff „Überhang“ für die überwiegend aus den neuen Bundesländern bzw. den östlichen Stadtbezirken stammenden Mitarbeiter/innen hinzu, die im Rahmen des drastischen Stellenabbaus in der Berliner Verwaltung zu viel waren. Diese „wanderten“ also in den Überhang, der nun Stellenpool genannt wird. Normalerweise ist der Besuch eines Pools freiwillig, hier aber werden Menschen auf die Wanderung weg vom Arbeitsplatz getrieben...

Dass es sich nicht nur um absurde Begriffsverwirrung handelt, sondern vielfach um konkrete menschliche Tragödien, wird am Beispiel unserer Kollegin Mo Dittmann deutlich. Mo hat Mitte der 80er Jahre, in einer Zeit also, in der man den Bezirk Tempelhof getrost als „Kulturwüste“ bezeichnen konnte, in der das Kunstamt nicht besetzt und Bibliotheken geschlossen wurden,



Mo, ein Opfer von Bürokraten

die Leitung der bezirklichen Musikschule übernommen und bis zur Fusion 2001 die Angebote verdreifacht. Unter ihrer Leitung ist aus einem provinziellen Schülervermittlungsbetrieb eine kampfbereite Schule geworden, deren schillerndes Profil sehr bald berlinweit für Modernität und Vielseitigkeit stand: Sie hat für die Einführung von Konzepten der Früherziehung ebenso gesorgt wie für die feste Integration von Jazz, Pop und Rock in das bis dahin eher klassik-lastige Ausbildungsangebot. Keine Frage, dass eine enge Kooperation mit der Ufa, dem einzigen freien Kultur-

betrieb des Bezirks, für sie essentiell war. Dank ihrer vielfältigen Kontakte zu Kultur und Politik, zu bildenden Künstlern, Fotografen, Komponisten und ihrem großen Geschick, zusätzliche finanzielle Mittel zu bekommen, konnten Konzertreisen, Kompositionsaufträge und Opernprojekte verwirklicht werden. Namhafte Künstler/innen wie Fazel Say, M.F.S. Kera, Frido Meyer-Wolff u.v.a. hat sie für die Tempelhofer Musikschule verpflichten können. In enger Kooperation mit einer starken Lehrervertretung und der Gewerkschaft, der sie bis heute treu ist, hat sie nach einer Odyssee der Musikschule den recht abgelegenen Standort Wolfsburger Weg durch geschickte Unterrichts- und Veranstaltungsplanung zu der Adresse schlechthin gemacht.

Dann kam ein zu großer Rückschlag: Der hart erkämpfte Standort wurde wieder zur Grundschule, Verwaltung und Unterrichtsstätte wurden weitgehend auseinander gerissen. Die Gestaltungsmöglichkeiten waren von einem Tag auf den anderen in beklemmender räumlicher Enge stark eingeschränkt. Mo erkrankte schwer. Nach der Fusion der Bezirke Tempelhof und Schöneberg ist Mo nur noch stellvertretende Leiterin der zwischenzeitlich nach Leo Kestenberg benannten Musikschule Tempelhof-Schöneberg. In den Jahren zunehmender Krankheit wurden

Teile ihrer Aufgaben solidarisch von Kolleg/innen mitgeführt.

Die Sparkommissare haben daraus den schamlosen Schluss gezogen, dass die Schule Mo Dittmann und überhaupt eine stellvertretende Leiterin nicht mehr braucht. Und just, nachdem sie gesundheitlich wieder auf die Beine kommt, und kurze Zeit vorm Ruhestand, wird sie nun in den Pool geschickt. Dass Mo zwar ihre Bezüge bezugsstandswahrend erhält, ist weder für sie noch für die Schule ein wirklicher Trost. Hier wird das Werk einer Kulturschaffenden negiert. Auch gibt es keinen Anspruch, dass Mo bis zur Berentung an der Musikschule weiterbeschäftigt wird. Die Entscheidung ist nicht mehr eine bezirkliche, sondern wird von der Senatsinnenverwaltung getroffen. Und wer glaubt, dass dort fachliche und menschliche Aspekte überhaupt noch eine Rolle spielen? **Stefan Gretsch**

Aus Platzgründen muss ein Beitrag zum Verhältnis Musikschule-Ganztagsschule in die nächste Ausgabe geschoben werden. Aktuell Interessierte können den Text bereits auf der Internetseite „vorauslesen“: www.fg-musik.de

SEMINAR

Fortbildung für
Freiberufliche Musik-
schullehrkräfte

Die Fachgruppe Musik wird 2005 in Kooperation mit der Berliner Landesmusikakademie ein Seminar für freiberufliche MusikschullehrerInnen anbieten. Auch dieses Mal werden Berichte und Erfahrungen aus der Praxis Anregungen geben. Darüber hinaus konnte Bernd Hubatschek als Dozent gewonnen werden, der umfangreiche Erfahrungen in der Beratung und Betreuung Selbstständiger in freien und künstlerischen Berufen hat.

Die Veranstaltung findet am 16. und 17. April statt, Anmeldeschluss ist zwei Wochen vorher. Die Teilnahme ist für jeden empfehlenswert, der plant, sich selbstständig zu machen oder teilweise auf dem freien Markt zu arbeiten.

UP

Begrenzung ist unzulässig

Ansprüche auf Urlaubsentgelte unverzüglich geltend machen

Ende August 2002 wies die Berliner Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport die Musikschulen an, Urlaubsentgelt (nicht zu verwechseln mit Urlaubsgeld) für arbeitnehmerähnliche Personen nur noch bis zur Höhe des Honorars zu zahlen, das für maximal 30 Unterrichtsstunden á 45 Minuten gezahlt würde. Darüber hinausgehende Beschäftigung würde als Ableistung von Überstunden bewertet,

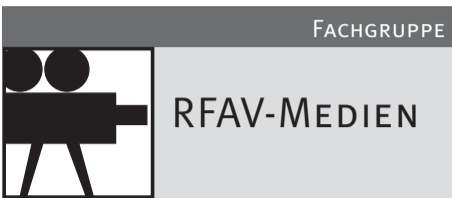
für die ein Anspruch auf Urlaubsentgelt nicht bestehe. Einem Betroffenen wollte das nicht einleuchten, ein Rechtsgrund für diese Kappung war nicht erkennbar, kann es doch keine Überstunden geben, wenn gar keine Mindestarbeitszeit vereinbart ist. Zwei Zahlungsaufforderungen des Kollegen blieben ohne Erfolg, mit ver.di-Rechtsschutz machte er seinen Anspruch beim Arbeitsgericht geltend. Einen Monat

nach dem Güteternin erhielt der Kollege die Nachricht über die Anerkennung der Forderung vom Bezirksamt, die Klage kann nun zurückgenommen werden.

Alle Kollegen, denen ebenfalls Urlaubsentgelt vorenthalten wurde, sollten ihren Anspruch auf Zahlung des Differenzbetrages unverzüglich geltend machen, denn die Korrektur erfolgt nicht automatisch, sondern nur nach Aufforderung. **B.J.**

Schlechte Noten für den RBB

Freie erkunden mit Umfrageaktion Stimmung im Sender



Gefragt nach Stimmung und Lage im fusionierten RBB, antwortet die Geschäftsleitung stets, dass alles bestens sei. Anders die Einschätzung der freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich bei rbbpro zusammengefunden haben, um für ihre Rechte zu kämpfen. Sie teilen das Wohlgefühl nicht. Im Gegenteil registrieren sie große Unzufriedenheit darüber, wie die Fusion umgesetzt und der Spardruck an sie weitergegeben wird: Zusagen würden nicht eingehalten, Honorare einseitig gekürzt und Beschäftigte, die es wagen, den Mund aufzumachen, vor die Tür gesetzt.

Die rbbproler starteten im September eine Fragebogenaktion, um ein genaueres Bild der Stimmung und der wahrgenommenen Veränderungen im Sender zu ermitteln. Es gingen auch Bögen von Festangestellten ein, die separat ausgewertet wurden. Insgesamt zählten die Initiatoren 470 Fragebögen von freien und 214



von festen Beschäftigten. Da weder sichergestellt werden konnte, dass jeder Freie einen Bogen erhalten hat, noch auszuschließen ist, dass Einzelne mehrere Fragebögen ausgefüllt haben, ist die Umfrage sicherlich nicht repräsentativ. Die Aussagen aus fast 700 ausgefüllten Fragebögen sprechen jedoch für sich.

Eineinhalb Jahre nach der Fusion scheint es um das Klima schlecht bestellt. In den von Freien ausgefüllten Bögen wird das Betriebsklima überwiegend als „mangelhaft“ beurteilt, die Antworten der Festen geben ein „ge-

rade noch ausreichend“. Noch schlechter steht es mit der Kommunikationskultur: In mehr als der Hälfte der ausgefüllten „freien Fragebögen“ gab es hier ein „ungenügend“, bei den Festen mehrheitlich ein „mangelhaft“. Über 80 Prozent der Antworten von Festen und Freien werteten das Betriebsklima nach der Fusion schlechter als zuvor.

Die Frage, ob es ihnen vor der Fusion besser ging, wurde größtenteils bejaht, in über 70 Prozent der Freien-Fragebögen war von Existenzangst die Rede.

Die wichtigsten Projekte der

Fusion betreffen das neue Fernsehprogramm, dessen Quoten bisher allerdings schwächeln. Angesichts des Umfrageergebnisses, nach dem mehr als zwei Drittel der Befragten selbst mit dem Programm nicht zufrieden sind, verwundert dies kaum. Wie soll ein Programm die Herzen der Zuschauer erobern, von dem die Macher selbst nicht überzeugt sind?

Die Geschäftsleitung hat nicht gut abgeschnitten. Rund 80 Prozent drücken Unzufriedenheit mit der Arbeit der Intendanz aus.

Eine Sonderfrage betraf die Absicht der Geschäftsleitung, den freien Nachrichtenredakteur Jürgen Schäfer, der sich als Freiensprecher und ver.di-Vertreter für die Rechte der Freien stark gemacht hatte, 2005 nicht mehr beschäftigen zu wollen. In mehr als 80 Prozent der von Freien übersandten Fragebögen wird dies als Skandal gewertet, immerhin zwei Drittel der „festen Fragebögen“ teilen die Ansicht. In rund zwei Drittel aller Fragebögen wird gefordert, dass Jürgen Schäfer weiter beschäftigt werden soll.

Personalrat, Redakteursausschuss und rbbpro fordern seit langem offene Gespräche mit der Geschäftsleitung und eine Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen – ein Vorschlag, den auch die Gewerkschaften unterstützen. Einen „Runden Tisch“ hat die Geschäftsleitung bisher für unnötig befunden. **Ute C. Bauer**

ANZEIGE

AWO-MEDIENPREIS in Kooperation mit der dju in ver.di

AUF GLEICHER AUGENHÖHE:

**INTERKULTURELLE ÖFFNUNG
ALS ZUKUNFTSAUFGABE**



Die Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. schreibt erstmals einen Medienpreis aus. Kooperationspartner ist die Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion (dju) Berlin-Brandenburg in ver.di. Ausgezeichnet werden Beiträge, die sich in überzeugender Weise – am besten mit außergewöhnlichen Ideen – des Themas Interkultureller Öffnung annehmen. Die eingereichten Arbeiten sollen zur Offenheit und zum Austausch zwischen den Kulturen anregen.

Der 1. Preis ist mit 2500 Euro, der 2. Preis mit 1500 und der 3. Preis mit 1000 Euro dotiert.

Einsendeschluss ist der 31. März 2005. Die Abschlussveranstaltung findet im Frühjahr 2005 im Steigenberger Hotel Berlin statt.



Die vollständigen Ausschreibungsunterlagen sind im Internet unter www.awoberlin.de und <http://www.verdi.de/berlin-brandenburg/tbz> abrufbar.

Kontakt:
Arbeiterwohlfahrt
Landesverband Berlin e.V.
Medienpreis,
Ute Wiepel
Blücherstraße 62,
10961 Berlin
E-Mail:
ute.wiepel@awoberlin.de

LANDESBEZIRK

Aktuelle Ausstellungen in der Medien Galerie:

„Es besteht Handlungsbedarf. Die vergessenen Opfer des Kalten Krieges auf westlicher Seite“ bis 17. Dezember. Ab 7. Januar (Eröffnung 20 Uhr): „Rettet den Reichtum – die Politik des globalen Kapitals und der Widerstand dagegen“, Ausstellung des Bundesverbandes der Arbeiterfotografie in Zusammenarbeit mit dem ver.di-Landesfachbereich 8, siehe Seite 10.

Medien Galerie, Gewerkschaftshaus Dudenstr. 10, 10965 Berlin (U 6 Platz der Luftbrücke)

LITERATUR

Preisverleihung: Donnerstag, 16. Dezember, 18 Uhr, feierliche Verleihung des ver.di-Literaturpreises an Christoph Hein, ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30

Arbeitsstipendium für Berliner Schriftstellerinnen und Schriftsteller 2005: Nähere Informationen bei Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Brunnenstr. 188-190, 10119 Berlin, Tel. 030/9 02 28-535 oder -536. Bewerbungsschluss: 31. Januar 2005

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat, im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt oder vom S-Bahnhof Savignyplatz.

FRAUEN

Der Frauenstammtisch des Fachbereiches 8 trifft sich an jedem letzten Donnerstag in ungeraden Monaten um 18 Uhr im „Casalot“, Claire-Waldoff-Str. 5 (Oranienburger Tor, U6).

RFAVMEDIEN

Stammtisch für Kleindarsteller: jeden 1. Dienstag im Monat ab 18 Uhr im Restaurant „Götterspeise“, Neuköllner Oper, U7 Karl-Marx-Straße.

Neuer Stammtisch!!! Actortable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fernsehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (direkt U-Bahnhof Karl-Marx-Str.) Gedankenaustausch und thematische

Schwerpunkte, Unkostenbeitrag 5 Euro, Rückfragen: Tel. 030/5 68 48 40 Evelin Gundlach und Guenter Messe

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 in der Köpenicker Str. 30. Ulla Pingel (Tel. 030/621 24 50) und Olaf Zygalsky (Tel. 782 13 34) sind ehrenamtliche Sprecher.

Redaktion „Forum der Nichtarbeit“ produziert seit Januar ein wöchentliches tv-Magazin, Ausstrahlung im „Offenen Kanal Berlin“ jeden Sonnabend um 21 Uhr. Die Crew freut sich über weitere Mitstreiter, Redaktionstreffen dienstags, 20 Uhr, Tel. 030/220 13 755 oder 0175/516 72 01.

VERLAGE UND AGENTUREN

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

PAPIERVERARBEITUNG

Fachgruppenversammlung an jedem zweiten Dienstag im Monat um 16.30 Uhr im Gewerkschaftshaus Köpenicker Str. 30.

MUSIK

Wir arbeiten nicht im Verborgenen! Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landes- und Bezirksfachgruppenvorstandes eingeladen! Die Vorstände tagen von 9.00 bis 12.30 Uhr, Köpenicker Str. 30. Nächste Sitzungen: Bitte erfragen unter Tel. 030/88 66-54 02

CONNEXX.AV

Second-Tuesday-Stammtisch für freie und selbstständige Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film, AV-Produktion und Neuen Medien.

Die Themen und Veranstaltungen für das Jahr 2005 siehe unter: www.connexx-av.de, direkte Anfragen auch unter: Katja.Karger@connexx-av.de

SENIOREN

ADN-Senioren: am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus: Mitgliederversammlung am 16. Februar, 14 Uhr im Funkhaus Sendesaal Block B, Thema siehe Seniorenecho.

Gerhart-Eisler-Kreis: am 23. Februar, 14 Uhr, Block A, Raum 505, Thema siehe Seniorenecho.

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 alle drei Wochen im ver.di-Haus. Rückmeldungen zur Teilnahme bitte an Georgia Weiland (Tel. 030-88 66-54 12). Nächste Termine: 10. Januar 2005, 15.00 Uhr, R. 4.12 (erweiterter Vorstand), 31. Januar und 21. Februar (geschäftsführender Vorstand)

JOURNALISMUS

Tagesseminar „Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler, Künstler“ Seminar am 8. Februar von 9.30 bis 16.30 im neuen ver.di-Gebäude Köpenicker Str. 30.

Es werden Kenntnisse zu den Rahmenbedingungen (Fördermöglichkeiten, betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte) und zur Abschätzung von Risiken der Selbstständigkeit vermittelt. Teilnahmegebühr: Mitglieder 13 Euro, Nichtmitglieder 50 Euro. Anmeldung: Fax: 030/88 66-49 02, Post: ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Presseausweise der IOJ: Jeden zweiten Dienstag im Monat von 13 bis 15 Uhr, Raum 4.12 ver.di-Neubau, Köpenicker Str. 30. Nächste Termine: 11. Januar, 8. Februar 2005. e-mail: ioj_deutschland@yahoo.de

Bundesdeutsche Presseausweise: Neuausstellung oder Verlängerung montags bis mittwochs 8.30 bis 16.30, donnerstags 9 bis 19 Uhr. (Tel. 030/88 66-54 20) Nachweise journalistischer Tätigkeit nicht vergessen!

Journalistenstammtisch: jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Cafe „Stresemann“ (Empore), Stresemannstr. 90.

ALLET JUTE!

Liebe Leserin, lieber Leser!



Das Jahr 2004 geht zur Neige, das Neue steht bevor. 2005 wird einschneidende Veränderungen im Sozialsystem bringen, eine zunehmende Umverteilung von Besitztümern und eine Zuspitzung der Gegensätze. Engagement und Wachsamkeit sind gefragt, damit Solidarität und Gerechtigkeit nicht zu Fremdwörtern werden. Auch die Redaktion ist gefordert. 2005 erscheint unser Blättchen im 15. Jahrgang. Also: Kraft schöpfen ist wichtig. In diesem Sinne wünschen wir allen erholsame und besinnliche Feiertage und einen „juten Rutsch“! **Die Redaktion**

Sprachrohr 1/05

erscheint am 28.02.2005
Redaktionschluss am 01.02.05

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.
Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.
Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.
Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de
Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Am Friedrichshain 22, 10407 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Henke-Druck, Plauener Straße 160, 13053 Berlin
Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

Wer das Echo nicht verträgt...

...sollte nicht in den Wald hineinrufen/Gedenkstätten-Besitzer hat wieder einen Namen

Herr G. hat wieder einen Namen. Gröger heißt er, Gerd Gröger. Die Redaktion der jungen Welt darf den „Ministerialbeamten aus Potsdam“, wie er ersatzweise bezeichnet wurde, wieder beim Namen nennen. Jedenfalls im Zusammenhang mit seinem im November 2003 erworbenen Seegrundstück in Niederlehme. 4700 Quadratmeter direkt am Krossinsee für ganze 86.000 Euro. Ein Schnäppchen. Allerdings ging bereits aus den Versteigerungsunterlagen der Treuhandliegenschaftsgesellschaft hervor, dass sich auf dem Grundstück die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Sporthaus Ziegenhals befindet. „Die Gedenktafel, Sitzungs- und Vorraum im Gebäude und das Boot ‚Charlotte‘ stehen unter Denkmalschutz“, hieß es. Und: „Eine öffentliche Nutzung ist vom Ersterher weiterhin zu gewährleisten. Für das Gesamtobjekt besteht Umgebungsschutz.“

Anwaltspost in etwa 30 Fällen

Niemand kann annehmen, dass Herr Gröger sich der Verwertungseinschränkungen seines neuen Eigentums nicht bewußt gewesen wäre. Dazu ist der Chef der Obersten Bauaufsicht im Ministerium für Bauen, Wohnen und Verkehr in Potsdam zu sehr Fachmann. Dennoch – oder umso mehr – plant er bis heute, das Gelände mit Stadtvillen zu bebauen. Er hat dafür mittlerweile sogar eine Baugenehmigung. Wie weit er um das Denkmal her-

um bauen muss und wie ein Zugang zur Gedenkstätte gewährt werden soll, wäre zu klären. Herr Gröger präferiert jedoch ganz unverhüllt die Lösung, das ihm lästige Denkmal ganz schleifen zu lassen. Der Amtsweg erwies sich bisher als Sackgasse. Die Untere Denkmalschutzbehörde hat im März 2004 den Denkmalstatus noch verstärkt und schritt ein, weil ein geplanter Neubau bis auf drei Meter an die Gedenkmauer heranreichen soll. Das Verwaltungsgericht Cottbus, das Herr Gröger ebenfalls bemüht, hat noch nicht gesprochen. Zwischenzeitlich schaffte der Eigentümer auf seine Weise Tatsachen. Nachdem er im Juni 2003 einfach die Schlösser auswechseln ließ und dem „Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ und potenziellen Besuchern so den Zugang zur Gedenkstätte verwehrte, betreibt er jetzt die umgekehrte Strategie: Indem das Gelände (nicht die Gedenkstätte) offen steht und verwildert, möge sich das Problem von allein lösen...

All das stand vor Gericht nicht eigentlich zur Debatte. Es erklärt nur, warum die junge Welt, aber auch Der Spiegel, die Märkische Allgemeine, Super Illu, Neues Deutschland oder ORB über die Sache mit Herrn Gröger als Hauptakteur berichteten. Dafür erhielten alle Post von der Hamburger Anwaltskanzlei Damm & Partner, die für ihren Mandanten Gröger Unterlassungserklärungen versandte oder einstweilige Verfügungen erwirkte. Bei Strafen von bis zu 250 000 Euro wurde die Nennung seines Namens verboten. Gegen etwa 30 Medi-

en und Personen soll Gröger so vorgegangen sein. Mehrere Redaktionen einigten sich außergerichtlich und verrenken sich seither in anonymisierenden Formulierungen. Auf die Forderung nicht eingegangen sind die junge Welt und das Neue Deutschland sowie eine Reihe von Verbänden und Privatpersonen, die auf einem Recht der Öffentlichkeit bestehen, über die Sache nicht nur anonym informiert zu werden.

„Aseptische Berichte“ oder Pressefreiheit

Gröger und sein Anwalt Jörg Smid machten geltend, dass der Schutz der Privatsphäre und der Persönlichkeitsrechte höher stehe als ein solches Informationsinteresse, Gröger sei „durchs Dorf getrieben“ worden, habe anonyme Briefe und Anrufe erhalten. In der juristischen Argumentation scheute man sich nicht, den Vergleich mit Verdächtigen oder Straftätern heranzuziehen, die in der seriösen Presse auch nur – vielleicht Gerd G. – genannt würden. Das Berliner Landgericht hatte sich dieser Sicht angeschlossen. In einer ganzen Reihe von Verfahren entschied die 27. Zivilkammer, dass Grögers Name aus der Berichterstattung herauszuhalten sei.

In diesen Entscheidungen sah Dietmar Koschmieder, Geschäftsführer des Verlages 8. Mai (junge Welt), den „eigentlichen Skandal“. Wenn die Berichterstattung über solche Fälle – jW-Anwalt Johannes Eisenberg sprach von einem „gesellschaftlich-kulturellen Kon-

flikt mit massivem wirtschaftlichen Hintergrund“ – behindert werde, habe das „schwerwiegende Folgen für das Recht der freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit“, so Koschmieder. Die junge Welt legte deshalb gegen das Landgerichtsurteil Widerspruch ein.

Verbiete man die Namensnennung, zwänge man die Presse zu „aseptischen Berichten“, argumentierte Eisenberg am 5. November in der Berufungsverhandlung. Der Anspruch auf Anonymität ende dort, „wo Akteure personell in die Gesellschaft hineinwirken“.

Dass „ein Berichterstattungsinteresse gegeben ist“, entschied denn auch der 9. Zivilsenat des Berliner Kammergerichts. Er sah ausreichend viele Kriterien erfüllt, die eine Namensnennung rechtfertigen. Beim Sporthaus Ziegenhals handle es sich um einen „Ort mit öffentlichkeitsrelevanter Bedeutung“, führte der Vorsitzende Richter Nippe aus. Die Leserschaft frage sich berechtigt, wer diese Person sei, die das Grundstück unter eher verwunderlichen Bedingungen erwarb und welche Interessen sie damit verfolge. Zudem habe sich Gröger über die Brisanz seines Tuns „von Anfang an bewusst sein müssen“. Es handle sich um einen „nicht-privaten Vorgang“.

Bei aller Freude über den Prozessausgang betrachtet man es bei der jungen Welt doch als „bedenklich“, dass finanziell starke Pressehäuser sich mit Gröger einigten, während die kleine linke Tageszeitung mit vollem Prozessrisiko um die Pressefreiheit streiten müssen. **neh**